

Nur eine „Schönwetterfreundschaft“

Zu: „Bäume gepflanzt als Zeichen der Freundschaft mit US-Streitkräften“ (HZ vom 6./7. November 1982):

„In dem Artikel von Frau Goedert wird ein harmonisches Bild der deutsch-amerikanischen Freundschaft auf dem Hunsrück entworfen, das mit der Realität wenig gemeinsam hat. Sollen die 700 gepflanzten Bäume um den Flugplatz Hahn denn darüber hinwegtäuschen, daß seit Anfang der 50er Jahre für die Anlagen der amerikanischen Truppen viele Hektar Hunsrücker Waldes ohne das Einverständnis der Bevölkerung beschlagnahmt und gerodet wurden?

Man hat sich mittlerweile schon daran gewöhnt, daß die amerikanischen Befehlshaber im Hunsrück machen können, was sie wollen, wenn es militärische Aktionen erfordern — man denke nur an die Manöverschäden, die jedes Jahr in die Millionen gehen. Aber als Freundschaft können wir dieses Verhältnis nicht bezeichnen.

Das wurde uns auch bei der o. g. Feier in den housings des Flugplatzes deutlich. Das Charakteristikum deutsch-amerikanischer Freundschaft zeigte sich an diesem Tag besonders klar: Wir waren die einzigen Deutschen, die nicht aus beruflichen Gründen anwesend waren. Dabei erfuhren wir schnell am eigenen Leib, daß es sich bei der von Dr. Vogel beschworenen Freundschaft nur um eine „Schönwetterfreundschaft“ handelt. Als wir nämlich auf friedliche Weise versuchten, unsere Meinung zu diesem Schauspiel zu äußern, die den Veranstaltern anscheinend nicht genehm war, wurden wir von den Sicherheitskräften bedroht. Plakate wie „Wann pflanzt ihr die Bäume auf die Startbahn?“ wurden zerrissen oder für die Dauer der Veranstaltung beschlagnahmt. Verstehen das die Amerikaner unter Freundschaft und Freiheit?“

Hans Berg, Neuerkirch; Rolf Fischer, Simmern; Maria Philipps, Riesweiler

HZ 24.11.1982

„Gefühlsmäßige Betroffenheit ausgenutzt“

Thema „2. Friedenswoche Rhein-Hunsrück“:

„Die öffentliche Friedensdiskussion stellt sich aus unserer Sicht heute wie folgt dar: Die öffentliche Friedensdiskussion hat die Politiker in der Bundesrepublik unter sehr starken Zwang gesetzt, ihre Politik zu rechtfertigen. Das Problem der Friedenssicherung ist durch die Diskussion sehr vielen Bürgern erst richtig nahegebracht worden. Es hat sich herausgestellt, daß der Begriff des Friedens sehr vielschichtig und schwer einzugrenzen ist.

„Die Friedensbewegung“ als Gegenstück zu den etablierten Parteien und Interessenverbänden gibt es nicht, da sich dahinter eine Unmenge höchst unterschiedlicher Gruppierungen verbergen. Deshalb ist „die Friedensbewegung“ keine berechenbare politische Kraft.

Die unüberlegte Gleichsetzung von Frieden mit Gewalt- und Waffenlosigkeit bewirkt eine Verkürzung der Diskussion auf den militär-strategischen Bereich. Teile der Friedensbewegung sind intolerant, da sie Andersdenkenden den Willen und die Fähigkeit zum Frieden absprechen. Sie erheben einen Absolutheitsanspruch.

Die amerikanische Außenpolitik wird weithin nur als bloßes Machtkalkül und

rücksichtslose Aufrüstungspolitik angesehen. Häufig wird versucht, Verweigerung der herrschenden Politik aus christlichem Glauben heraus zu rechtfertigen. Es besteht die Gefahr, daß die massive Kritik an der Außen- und Sicherheitspolitik als Hebel gesellschaftlicher revolutionärer Veränderungen mißbraucht wird.

Die meisten Teilnehmer der öffentlichen Diskussion gehen wie wir von einem relativ geringen Informationsstand aus.

Fragen an die Initiatoren der „Hunsrücker Friedenswoche“: Woher nimmt Josef Trauth die Information, daß auf dem Hunsrück Stellungen für Cruise missile und Pershing II gebaut werden? Ist das eine Information oder eine Spekulation?

Warum mißtraut die Friedensinitiative den Abrüstungsverhandlungen in Genf von vornherein?

Ist nicht die Aktion „Atomwaffenfreier Hunsrück“ der Versuch einer Bevormundung, die gefühlsmäßige Betroffenheit („unser Hunsrück“) ausnutzt, um den Bürgern eine nicht näher entwickelte Illusion als praktikables Friedensrezept zu verkaufen?

Steht nicht diese versteckte Bevormundung im krassen Gegensatz zum öffentlichen Anspruch, kritisches Bewußtsein zu wecken?

Für die Junge Union Simmern,
Heinrich Fieweger, Belgweiler

HZ 24.11.1982

Ebenfalls ein Zeugnis von Intoleranz

Zu Leserbrief „Gefühlsmäßige Betroffenheit ausgenutzt“ (HZ vom 24. 11. 1982)

„Die Aussage von Heinrich Fieweger: „Die meisten Teilnehmer der öffentlichen Diskussion gehen wie wir von einem relativ geringen Informationsstand aus“ ist nur in dem Teil „wie wir“ (gemeint ist die Junge Union) richtig. Den Beweis dafür liefert H. F. dann auch gleich selbst in seinem Artikel, nämlich mit der Frage: „Woher nimmt J. Trauth die Informationen, daß auf dem Hunsrück Stellungen für cruise missiles und Pershing II gebaut werden?“

Bereits 1981 wurde in dem Buch „Geisel Europa“ von W. Perdelwitz und H. Bremer darauf hingewiesen, daß der Flugplatz Hahn und seine Umgebung als Stationierungsort für cruise missiles feststeht! Die Richtigkeit dieser Information wird durch jüngste Aussagen von Professor A. Mechttersheimer und den Bundestagsabgeordneten Ralph Herberholz belegt. Professor Mechttersheimer beruft sich dabei auf Informationen, die aus dem Verteidigungsministerium durchsickerten.

Ein weiterer Beweis sind Beobachtungen der Bevölkerung. Bürger, die in der Nähe der betreffenden Stationierungsor-

te wohnen, registrieren schon seit längerem umfangreiche Baumaßnahmen innerhalb dieser militärischen Sperrgebiete.

Auch die Tatsache, daß die für die Stationierung vorgesehenen Territorien der Befehlsgewalt der amerikanischen Armee entzogen und der Luftwaffe unterstellt wurden bzw. werden, sind für jeden, der sich schon länger intensiv mit Rüstungs- und Verteidigungspolitik beschäftigt, ein eindeutiger Beweis.

Herrn Fieweger würde etwas mehr Informationsbereitschaft und etwas weniger Polemik sicher guttun. Begriffe wie „Volksfront“ und „Antiamerikanismus“, wie sie in seinem Leserbrief zwischen den Zeilen wieder anklangen, zeugen genau von der Intoleranz, die er der Friedensbewegung vorwirft.

Zu der Forderung „Hunsrück — Atomwaffenfreie Zone“ ist zu sagen, daß dies keine Bevormundung, sondern ein erster konkreter Schritt in Richtung einer wirklichen Abrüstung in Ost und West ist. Sie orientiert sich an dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, deren größter Teil schon lange nicht mehr an den zweifelhaften „Schutz“ von Atomwaffen glaubt.“

Axel Weirich, Simmern

HZ 02.12.1982

„Aufstand der Bürger gegen Experten“

Zu: Leserbrief zum Artikel des B. Baden „Alltags-Frieden bewahren!“ (HZ vom 4./5. 12. 1982):

Wir sind uns mal wieder alle einig, Grüne, Rote, Schwarze und auch Herr Baden wollen den Frieden. Schütten wir alles in einen Topf, kochen es kräftig auf, und wir erhalten alle „... ein bißchen Frieden.“ Leider ist es mit solchen Sprüchen nicht mehr getan. Da lese ich zwischen den Zeilen zuviel vom alten Feindbild Rußland, zuviel vom Vorurteil gegenüber der Friedensbewegung und vor allem zuviel Verniedlichung und Gleichmacherei. Alle sind für den Frieden, wie schön, aber warum haben dann alle Angst vor dem Krieg? Weil die Friedensbewegung „Panik“ verbreitet, lautstark protestiert? Die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück gibt es nicht erst seit Wüschheim, und sie wird ihre Arbeit nicht auf Wüschheim beschränken. Es ist gleich, ob die Raketen in Wüschheim oder Moritzheim stationiert werden, es geht darum, daß der Frieden nach der Stationierung, egal wo, im Hunsrück oder sonstwo, durch die neuen Qualitäten dieser Waffen, mehr denn je gefährdet ist. Wer hier so tut, als ginge es bei der sogenannten „Nachrüstung“ nur um ein paar Atomwaffen mehr im Hunsrück, betreibt Volksverdummung.

Wir von der Friedensinitiative, wie die ganze Friedensbewegung, wollen mehr sein als nur gewaltfreie Bekämpfer der Mittelstreckenraketen. Die Friedensbewegung ist der Aufstand der Bürger gegen die „Experten“, der Aufstand von Menschen mit Zukunft gegen die Phantasielosigkeit derer, die uns regieren, der Aufstand der „realistischen Träumer“ gegen die defätistischen Spekulanten. Wir wollen bewußt machen, wir wollen fähig machen uns gewaltfrei zu verweigern, wir wollen fähig machen an eine andere Zukunft zu glauben. Frieden, das heißt für uns nicht passiv sein, nicht nachgeben, nicht ruhen und nicht anpassen. Frieden heißt, daß es Menschen gibt, die sich nach dem Schwachen richten, wo jeder mit jedem für jeden leben will. Frieden ist für uns eine gemeinsame Grundhaltung, Rücksichtnahme statt Eigennutz, Liebe statt Ablehnung, Solidarität statt Konkurrenz, Überwindung statt Anpassung, Hoffnung statt Angst, Sein statt Haben.

„Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.“ Dies ist für uns keine irrealer Friedenssehnsucht, sondern das konkrete Ziel unserer Arbeit!

K. Mädler, Mitglied der Grünen,
KV Rhein-Hunsrück

HZ 15.12.1982

Bürgerliche Pflicht zu protestieren

Zu: „Alltags-Frieden bewahren!“ (HZ vom 4./5. Dezember 1982):

„Zum Artikel von B. Baden fällt mir folgendes geflügelte Wort ein: „Es gibt eine Grenze, wo Zurückhaltung aufhört, eine Tugend zu sein.“ Nun ist die Katze endlich aus dem Sack. Wüschheim oder einer der Nachbarorte im Hunsrück wird also ein Zentrum der atomaren Nachrüstung (Aufrüstung)! Das Geschwätz einiger Politiker zur Meldung des „Stern“, man werde aus Gründen der Geheimhaltung nichts dazu sagen, kann man vergessen.

In Zeiten, wo ein mehrfacher atomarer Holocaust möglich ist, machen Cruise missiles und Pershing's auf dem Hunsrück einen Krieg immer wahrscheinlicher, denn die Militärs sind der Meinung, durch diese neuen „kleineren“ Atomwaffen sei ein Krieg auf (Gesamt-)Deutschland oder östliche Teile Europas begrenzbare.

Dieser Wahnsinn macht, wie man täglich aus den Nachrichten entnehmen kann, Schule. Ich halte es, im Gegensatz zu Herrn Baden, geradezu für eine bürgerliche Pflicht, laut protestierend auf die Straße zu gehen und vor allem ganz bestimmten Politikern zu zeigen, daß die Bürger nicht bloßes Stimmvieh sind.

Für ängstliche Gemüter sei noch ange-

merkt, daß die Demonstrationsfreiheit ausdrücklich im Grundgesetz verankert ist.

Die Jugend auf dem Hunsrück ist für militärische Irrsinnspläne schon recht sensibel, was auch die immer stärker werdende Friedens-Initiative Rhein-Hunsrück beweist. Was ich vermisste, ist das Vorbild jener Generation, die den Rüstungswahnsinn und die Folgen von 1939 bis 1945 überlebt hat! Abwegelei oder blanker Opportunismus reichen in unserer Lage nicht mehr aus.

Wer mit offenen Augen durch den Hunsrück fährt, sieht, wie schon in Friedenszeiten eine ursprüngliche Naturlandschaft systematisch durch Flugplätze, Munitionsdepots, Atom- und Giftgaslager, stacheldrahtbewehrte Waldstücke, Wachtürme usw. zerstört wird. Alle Anstrengungen, den Hunsrück für den Fremdenverkehr (= Schaffung neuer Arbeitsplätze) attraktiver zu machen, sind angesichts dieser Tatsache zum Scheitern verurteilt.

Warum schweigen eigentlich unsere sonst so mediensüchtigen Kommunalpolitiker? Sie haben doch einen Eid geleistet: „... Schaden vom deutschen Volk abzuwenden!“ Jetzt sind die Liederbuchautoren, Bundespräsidentenwarner usw. aufgefordert, ihren feierlichen Eid nicht als leere Floskel zu betrachten.“

Klemens J. Probst, Sohren

„Mit dem Schweigen endlich aufhören“

Zu: Cruise missiles bei Wüschheim:

„Während seines Drehorgelspiels äußerte sich Herr Mallmann negativ zu der Forderung, eine Anfrage bezüglich der Stationierung von Marschflugkörpern in Wüschheim in den rheinland-pfälzischen Landtag zu bringen, da ihm angeblich die vorliegenden Informationen nicht ausreichen. Will er die Bevölkerung bewußt von solchen Ereignissen ablenken, um sie dann vor vollendete Tatsachen zu stellen?

Auch das Verteidigungsministerium gibt keine Auskunft zur Lage in Wüschheim. Hat man Angst vor der Reaktion der Hunsrücker Bürger, die ähnlich sein könnte, wie in Kaisersesch, wo der Widerstand der Bevölkerung eine Wiederaufbereitungsanlage verhindern konnte?

In einem Gespräch mit Mitgliedern der Friedensbewegung sagte Herr Mallmann, er wolle nicht, daß „unsere Leute mit Pfeil und Bogen dastehen, wenn die anderen angreifen.“ Hier wird ein politisch hochbrisantes Thema in einer sehr naiven Art und Weise abgeklärt. Absichtlich wird ein Feind-

bild aufgebaut, das die Angst der Bevölkerung, einer sowjetischen Invasion machtlos gegenüberzustehen, ausnutzt. Wenn Herr Mallmann wirklich an eine sowjetische Invasion glaubt, ist es doch wohl zweifelhaft, ob man dies mit nuklearen Waffen zurückschlagen kann. Vielmehr würde das die totale Zerstörung von ganz Mitteleuropa bedeuten.

Großes Schweigen war bisher immer die Antwort des Landtagsabgeordneten auf politische Anschuldigungen. Wir, der Holzbacher Friedensstammtisch, können dies nur so deuten, als sei er nicht in der Lage, sein Verhalten — und auch das der Landesregierung — zu rechtfertigen, ohne dabei, mit Blick auf die kommenden Wahlen, viele Wählerstimmen zu verlieren.

Es ist nun endlich an der Zeit, mit dem Schweigen aufzuhören; der Holzbacher Friedensstammtisch zum Beispiel bietet ihm jeden Mittwochnachmittag die Gelegenheit dazu.“

Petra Gutenberger und Dietmar Scherer
für den Holzbacher Friedensstammtisch

8861.26.1982
HZ

Landtagsabgeordneter „schreibt“ jetzt Kochbuch

RHEIN-HUNSRÜCK. Nach seinem landesweit bekannt gewordenen Suchspiel um den geographischen Mittelpunkt von Rheinland-Pfalz und der Herausgabe eines Volksliederbuches geht CDU-Landtagsabgeordneter Walter Mallmann nun einer weiteren Idee nach, die ihm empfohlen wurde.

Nach dem Liederbuch folgt nun ein Kochbuch. „Rhein-Hunsrücker Rezepte“ sollen es sein. Walter Mallmann ist bereits fündig geworden und aus den Singkreisen, die er liederbuchversorgt hat, gingen bereits die ersten kulinarischen Vorschläge ein. „Das Rhein-Hunsrücker Kochbuch ist bereits mehrfach gestartet worden und keine neue Idee“, so Walter Mallmann, „doch mit noch ein wenig Hilfe aus der Bevölkerung wird es nun Wirklichkeit und nach Neujahr ausgeliefert“.

Mit kleinen Sachpreisen möchte sich der Abgeordnete bei allen Rezeptensendern revanchieren, deren Post er bis spätestens zum 15. Dezember 1982 an seine Adresse in 6540 Simmern, Postfach 430, erwartet.

H2 17.12.1982

Cruise missiles: „Eindeutig Angriffswaffen“

Zu: „Verteidigungsbereitschaft muß ausreichend sein“

„In seinem Leserbrief stellte Herr Reinemann Behauptungen auf, die äußerst fadenscheinig sind. In den USA wurden von 1977 bis heute drei Fälle bekannt, bei denen durch einen Computerfehler Atomalarm ausgelöst wurde. In allen Fällen wurde nur wenige Sekunden vor dem Abschluß der Interkontinentalraketen bemerkt, daß es sich um einen Fehlalarm handelt. Die Dunkelziffer dieser „Unfälle“ in Ost und West, die zur atomaren Zerstörung führen könnten, liegt bestimmt höher. Das Risiko eines Atomkrieges durch solche Fehler ist immens hoch. Glaubt Herr Reinemann wirklich, daß die Kriegstechnologie die Kriegsgefahr mindert?“

Sieht man sich die Entwicklung der Atomwaffen nach dem 2. Weltkrieg an, stellt man fest, daß die USA immer mit einigen Jahren Vorsprung neue Atomwaffensysteme einführen. Demnach rüstete die Sowjetunion nach. Auch kann ich bei der NATO keine Kriegsverhinderungsstrategie erkennen. Die NATO-„Verteidigung“ stützt sich auf den atomaren Erstschlag. Zu Cruise missiles stellte der NATO-General und Ex-Vize-Oberbefehlshaber der Italienischen Armee fest, daß es sich dabei um eindeutig neuartige Angriffswaffen handelt.

Es ist richtig, daß die Sowjetunion eine Diktatur ist, aber auch im Ostblock gibt es eine aktive öffentliche Friedensbewegung, die immer stärker wird. Informationen der Kirche und der internationalen Presse sind eindeutig und glaubwürdig. Erst diese Woche lief durch die Medien die Nachricht, daß in der DDR mehrere 100 Frauen schriftlich den Kriegsdienst, im Ernstfall verweigern. Bei uns befinden sich ähnliche Unternehmen noch in den Anfängen. Wenn

hier „nachgerüstet“ wird, setzt man neben den Nachteilen für uns die Friedensbewegung im Osten noch stärkerem Druck aus.

Schlüsseln finde ich es eine Verdrehung der Tatsache, wenn eine Besatzungsarmee als Schutzmacht und ein totbringendes Waffensystem als Friedenssicherungsanlage bezeichnet wird. Europa ist für die USA nur Träger für Atomwaffen, die die USA schützen oder zumindest die Zerstörung der USA möglichst gering halten sollen. Dabei wird die völlige Zerstörung Europas mitinkalkuliert.

Will Herr Reinemann ins selbe Horn blasen wie Herr Reagan, der die neuen MX-Raketen als „Friedensbewahrer“ (Peacekeeper) bezeichnet hat?“

Klaus Berg, Sinnern.

Waffen sichern den „Frieden nicht“

Zu Leserbrief von B. Reinemann: „Verteidigungsbereitschaft muß ausreichend sein.“

„Daß ein Weltkrieg verhindert werden muß, steht wohl außer Frage, aber ob eine erneute Nachrüstung das geeignete Mittel darstellt, ist anzuzweifeln.“

Wie uns die Geschichte lehrt, hat ein Rüstungswettlauf nur einen neuen Krieg zur Folge, er stellt keinen Garant für den Erhalt des Friedens dar.

Es ist schon fast grotesk, nukleare Sprengköpfe als „Friedenssicherungsanlagen“ zu bezeichnen. Waffen haben noch nie den Frieden gesichert. Mit den vorhandenen atomaren Waffen können wir schon heute die gesamte Erdbevölkerung fast zwanzigmal vernichten, dies müßte doch wohl ausreichen. Ein erneutes Welterrüsten im Kernwaffenbereich ist einfach unverantwortlich, auch schon unseren Nachfahren gegenüber.“

Michael Boos, Bell-Völkeroth

H2 17.12.1982

„Alternative zu Raketen sind keine Raketen“

Zu HZ Nr. 285 vom 10. Dezember 1982
„In Wüschheim nicht vorflüsten“:

„Die Verteidigung des eigenen Landes und seiner Grundwerte ist ein Gebot der Schutzpflicht des Staates. Daher gebietet die Schutzpflicht des Staates auch, daß die Möglichkeit der zivilen und militärischen Spionage ausgeschlossen wird; wobei die Gefahr der inneren Spionage unabsehbare Folgen haben könnte. Dazu haben wir uns im übrigen auch gegenüber unseren Bündnispartnern vertraglich verpflichtet.

Die Verbreitung der Kernwaffen ist in den letzten Jahrzehnten zwar langsam aber dennoch fortgeschritten. Wir Deutsche — dies ist sicherlich eine traurige Bilanz — haben diese Entwicklung nicht aufhalten können.

Die Gefahr, daß einmal ein begrenzter Atomwaffeneinsatz gewagt würde, ist heute in den Ländern der Dritten Welt größer als der Einsatz auf dem Gebiet Europas oder der Bundesrepublik.

Damit kein Mißverständnis entsteht; dies ist kein Plädoyer für Atomwaffen in Europa und in der Bundesrepublik, sondern es soll nur dargestellt werden, daß der politische und militärische Einfluß der Bundesrepublik nicht so bedeutend ist, wie oft glauben gemacht wird.

Ein möglicher Einsatz von Atomwaffen in der Dritten Welt — und darin liegt die große Gefahr — würde ein bisher gültiges Tabu brechen.

Daher stehen wir auch in der Bundesrepublik in der Pflicht, alles für den Frieden zu tun. Aber es wird auch sichtbar, welch begrenzter Einfluß jede deutsche Bundesregierung hat und die leidenschaftliche Demonstration für den Frieden, die von Bürgern der Bundesrepublik ausgeht, kann von daher nur begrenzt wirksam sein. Das eigentliche Problem liegt nicht bei den großen strategischen Waffen. Das Problem liegt vielmehr bei den kleineren Nuklearwaffen für den begrenzten Einsatz. Ich meine — und darin sind wir alle einig — es gibt nur eine Lösung, eine vollständige Abrüstung dieser Raketen auf beiden Seiten.

Die Null-Lösung ist die bei weitem sauberste, für Europa auch die tröstlichste Lösung. Was in den Verhandlungen erreicht werden kann, wird sich zeigen. Der Erfolg der Verhandlungen wird vom Verhalten Amerikas und der UdSSR abhängen; wobei das Verhalten der Gruppen, die für den Frieden eintreten, ebenfalls sehr wichtig ist. Das Motiv der verschiedenen Friedensgruppen ist die Angst ums Überleben; sicherlich eine begründete Angst. Aber — und auch darüber sollten die verschiedenen deutschen Friedensgruppen nachdenken: Die Alternative zu Raketen kann nicht heißen keine Raketen; dies ist eine zu simplistische Formel.

Die Formel müßte lauten: Die Alternative zu Raketen auf beiden Seiten sind keine Raketen auf beiden Seiten.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat 1977 das Thema der Mittelstreckenraketen aufgebracht, nicht um sie zu stationieren, sondern über Verhandlungen ihre Abrüstung oder doch ihre Begrenzung zu erzwingen. Eine Macht wie die UdSSR wird auf ihre Raketen nicht verzichten, wenn nicht eine gleichwertige Gegenleistung von der anderen Seite erbracht wird. Wenn deutsche Gruppen, die vorgeben für den Frieden einzutreten, oder wenn Gruppen, die aus tiefster Überzeugung für den Frieden kämpfen, erreichen würden, daß landgestützte Raketen verhindert werden, dann wird genau das der Grund sein, die Genfer Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Warum sollte die UdSSR dann noch eine eigene Abrüstung anbieten?

Wer den Worten Christi in der Bergpredigt folgen will, muß bereit sein, den Verlust der politischen Freiheit in Kauf zu nehmen. Ein einseitiger Gewaltverzicht würde aber keineswegs Frieden stabilisieren, im Gegenteil, er würde andere ermuntern, mit der Kriegsdrohung zu spielen und zu erpressen.

Waltrud Will-Feld, Bundestagsabgeordnete der CDU.

Ohne Sachlichkeit und Information

Zu: Protest vor stummen Zeugen (HZ vom 14. 12. 1982):

„Stell dir vor, die Bombe fällt und es ist kalt.“

Zunächst danken wir der Redakteurin der Hunsrücker Zeitung für die interessante Mischung aus Wetter- und Verkehrslagebericht vom vergangenen Sonntag zwischen Kirn und Hasselbach.

Entsetzt waren wir über die Mitteilung, daß sich in dem friedlichen Autokonvoi ein mit einer Rakete bestücktes Fahrzeug auf der B 327 im Schrittempo vorwärts bewegte; zum Glück waren aber 39 Begleitfahrzeuge unterschiedlichster Bauweise dabei.

Bei der Brisanz dieser Angelegenheit (Stationierung von Cruise Missiles in

Wüschheim) vermissen wir in Ihrer Reportage Sachlichkeit und Information.

Es wurden weder Absichten und Ziele der Aktion dargestellt, noch Inhalte der Kundgebung dokumentiert.

Sinn der Aktion war es nicht, „Sperrzaun, Tor und Gebäude“ in eine Diskussion zu verwickeln, sondern dem Protest gegen die bevorstehende Stationierung Ausdruck zu verleihen.“

Für den Arbeitskreis „Gegen die Stationierung“:

Heike Müller, Argenthal; Karl-Heinz Heihse, Kastellaun; Gerhard Martin, Kastellaun; Dieter Reise, Kastellaun; Heike Müller, Kirchberg; Klaus Berg, Simmern; Norbert Schlüssel, Manubach; Mario Gräff, Kastellaun.

47 293

20. Dez. 82

„Verhandlungen in keiner Weise stören“

Zu den Berichten über die mögliche Stationierung von Mittelstreckenraketen im Hunsrück und die Forderung nach mehr Transparenz bei diesen Plänen:

„Die Forderung nach weniger Geheimniskrämerei und mehr Offenheit bei der Stationierung von Raketen wird bei allen Fraktionen des Deutschen Bundestages sicherlich auf Sympathie stoßen; dann, wenn die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf ohne konkrete Ergebnisse bleiben sollten.

Nur die Transparenz ist nicht der Punkt. Mehr Information ist für den Bürger zwar sehr wichtig, aber trotzdem ein Nebenkriegsschauplatz. Das Gebot der Stunde ist, in keiner Weise den Gang der Verhandlungen zu stören. Wer wirklich und allen Ernstes dauerhafte Lösungen für den Frieden, vor allem in Europa, will, sollte nichts, aber auch gar nichts tun, um bei den beiden Supermächten auch nur den geringsten Anlaß für Vorwände zu liefern.

Die Durchführung des Nato-Doppelbeschlusses ist keine Frage der „Transparenz — ja oder nein“; wenn es auch der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt war, der sich für absolute Geheimhaltung bei allen damit befaßten Institutionen und Verwaltungen entschieden hatte.

Die Bundesregierung Kohl hat den Geheimhaltungsbeschluß der früheren Bundesregierung Schmidt bestätigt. Es geraten alle Mitglieder des Bundestages, die für den Beschluß der alten Bundesregierung — in der Kontinuität der Verantwortung — eintreten, in schwierige und angreifbare Positionen. Es sollte daher bald innerhalb der jetzigen Koalition geklärt werden, ob es bei der Position der alten Bundesregierung bleibt oder ob die neue Bundesregierung sich nicht mehr an die Beschlüsse der alten Bundesregierung gebunden fühlt.

Es ist zu hören, daß die UdSSR nunmehr in Genf einen Vorschlag machen wird, ihr Mittelstreckenpotential von 600 auf 250 zu reduzieren, wenn die Nato im Gegenzug darauf verzichten würde, die Cruise Missile und Pershing II aufzustellen.

Von 250 Systemen, die die UdSSR behalten wollen, wären dann nur noch 150 Systeme auf Westeuropa gerichtet, (die restlichen Systeme auf China); das würde eine Reduktion von 1200 Sprengköpfen bei Raketen des Typs SS 20, SS 4 und SS 5 auf etwa 450 bedeuten, die immer noch ausreichen würden, um Europa — von der Bundesrepublik gar nicht zu reden — zu zerstören.

Genf muß zu Erfolgen in der Abrüstung führen; dazu müssen aber Ost und West beitragen.

Waltrud Will-Feld, CDU-Bundestagsabgeordnete.

Nr 254 27.12.82

Innere Haltung eines jeden ist entscheidend

Zu Leserbrief: „Verteidigungsbereitschaft muß ausreichend sein“ (HZ vom 8. 12. 82):

„Die nukleare Abschreckung heute garantiert keinesfalls den Frieden, sondern auch den Krieg. Denn sie droht ja den Krieg an, den sie gleichzeitig verhindern will, weil er für beide Seiten der letzte Konflikt wäre. Sie stellt somit einen Zustand permanenter Androhung vernichtender Gewalt dar, um die Anwendung von Gewalt zu verhindern.“

Diese Logik der nuklearen Abschreckung wird jedoch durch das Festhalten der NATO an der Erstschlagstrategie, also die Anwendung von Atomwaffen als erster, aufgehoben, denn man kann einen Erstschlag nicht glaubwürdig mit der Androhung eines Vergeltungsschlages abschrecken.

Die Behauptung von Bernd Reinemann in seinem Leserbrief vom 8. 12., daß die NATO-Strategie im Gegensatz zur Strategie der Warschauer Staaten eine Kriegsverhinderungsstrategie sei, ist blauäugig, denn mit gleichem Recht könnte die andere Seite von sich dasselbe behaupten und für sich noch in Anspruch nehmen, das Rußland auf die Erstanwendung von Atomwaffen öffentlich verzichtet habe.

So einfach kann man es sich nicht machen, denn auch militärische Friedenssicherungsanlagen, von denen Herr Reinemann schreibt, hat es noch nie gegeben. Die müssen anders aussehen, da mit den bisherigen Mitteln, mit denen man den Frieden sichern wollte, die Kriege immer begonnen wurden. Daß wir in unserem Lande über 30 Jahre keinen Krieg hatten, sollte uns nicht in den Glauben versetzen, daß wir diesen durch ständiges Nachrüsten auch in Zukunft verhindern können.

Natürlich muß alles getan werden, den Abschluß der ersten Atomrakete zu verhindern, da alles Leben auf unserem Kontinent dann ausgelöscht würde. Nachdem die neuen amerikanischen Militärstrategen sich eine Beschränkung des Atomkrieges auf Europa vorstellen können und daher immer mehr Waffen nach hier schaffen, ist die Gefahr eines Krieges für uns noch größer geworden. Immer neue und schrecklichere Waffen trotz Overkill, und kein Ende ist abzusehen.

Warum geht man nicht einen menschlicheren Weg, einen Krieg zu verhindern, als den ungeeigneten militärischen, zum Beispiel durch ein Bemühen gegenseitigen Verstehens und des Vertrauens zu den Menschen, die zufällig im Bereich des Warschauer Pakts leben, wie wir im Bereich der NATO. Einen anderen Weg, das Leben der Menschen im atomaren Zeitalter auf dieser Erde zu erhalten, gibt es nicht, denn das ständige Nachrüsten auf beiden Seiten führt zwangsläufig in die Katastrophe.

Verständliches Bemühen können wir aber erst an zweiter Stelle von den Politikern erwarten. An erster Stelle mußte dieses Bemühen von jedem Einzelnen von uns ausgehen durch unsere innere Haltung. Wir müßten uns vor jeder Schwarz-Weiß-Malerei hüten und versuchen auch die andere Seite zu verstehen und uns selber nicht immer für die Besseren halten.

Besonders uns Deutschen steht es aufgrund unserer militärischen und politischen Vergangenheit schlecht an, Richter

über andere Völker zu spielen und sie zu verdächtigen, daß sie uns angreifen, wenn wir dieses riesige Vernichtungspotential an Waffen nicht aufbauen würden.

Haben wir vergessen, daß wir in den zurückliegenden 70 Jahren zweimal Rußland angegriffen und verwüstet haben und vor den Toren Moskaus standen? Haben wir daher nicht allen Grund, das Sicherheitsbedürfnis dieses großen Landes zu respektieren, und müßten wir nicht unsere Hände zur Verständigung ausstrecken, als unsere Waffen darauf zu richten. Das westliche Bündnis und die Freundschaft zu den Amerikanern brauchte nicht darunter zu leiden, wenn wir uns nicht vor den Karren der neuen amerikanischen Rüstungsstrategie spannen lassen wollen.

Wer das erkannt hat, der kann nicht mehr bereit sein, die Amerikaner als Schutzmacht anzusehen, weil sie in unserem Land immer mehr Massenvernichtungswaffen aufstellen, die mit der Verteidigung unseres Landes nichts mehr zu tun haben. Für jede hier aufgestellte Atomwaffe stellt der Osten eine dagegen, aber es ist vollkommen unbedeutend, ob ich mich einen oder 50 Kilometer von solch einer Abschlußrampe befinde. Wenn die auf dem Flugplatz Hahn stationierten Atomraketen durch Raketen aus dem Osten beschossen werden, wird auch in Wüschheim alles Leben ausgelöscht.

Nur wenn der zornige Protest der Menschen überall in der Welt die Herrschenden zur Umkehr zwingt, kann die atomare Katastrophe abgewendet werden, schreibt der ehemalige General Gerd Bastian als Nachwort zum Buch von Jonathan Schell „Das Schicksal der Erde“, welches zur Pflichtlektüre eines jeden Menschen gemacht werden müßte, denn dann würde niemand mehr das brennende Thema der nuklearen Aufrüstung herunterspielen.

Ernst Canzler, Ellern

HZ 22. 12. 1982

HZ 22. 12. 82

30 / 22. 12. 1982

Groteske Geheimnis-krämerei

STERN Nr. 49/1982: »Bauplatz Hunsrück« – Mit den Vorbereitungen für die Stationierung neuer Atomraketen und Marschflugkörper auf deutschem Boden wurde bereits begonnen.

Wegen der Massierung atomarer Waffen in Mitteleuropa und der Äußerungen hoher amerikanischer Militärs müssen wir befürchten, daß ein begrenzter Atomkrieg vorbereitet wird. Wir Deutsche müssen täglich darum bangen, daß sich die USA und die UdSSR vertragen. Die Vernichtung Deutschlands wird in den „Spielchen“ der US-Militärs und Politiker wie selbstverständlich einkalkuliert. Wo bleiben da klare Stellungnahmen unserer Volksvertreter, die nicht zulassen dürften, daß wir zum Spielball der Großmächte werden? Bei uns im Hunsrück ist es voll von Munitionslagern, in denen sich schon jetzt atomare Waffen befinden. Uns reicht diese Bedrohung.

HELMUT JORDAN
CHRISTINE JÜCKSTOCK
MANFRED SCHERER
Holzbach/Hunsrück

Dank dem STERN, daß er den vorgesehenen Standort für die Cruise missiles aufgedeckt hat. Obwohl das britische Verteidigungsministerium sonst immer außergewöhnlich geheimnisvoll tut, ist die Standortfrage hier in Großbritannien seit Jahren Gegenstand öffentlicher Erörterungen. Das gleiche Recht auf offene Diskussion haben die Deutschen. Denn sie werden die ersten sein, welche die verheerenden Folgen der „Erstschlag“-Strategie, die durch die neuen Raketen ausgelöst wird, zu spüren bekommen. Noch besteht die Chance, daß eine aufgerüttelte Öffentlichkeit in ganz Europa die Stationierung verhindert.

Monsignore BRUCE KENT
Generalsekretär der Kampagne
für nukleare Abrüstung
London

Ihr Titelbild ist mal wieder typische STERN-Demagogie: Reagan als kriegslüsterner Super-Buhmann. Seit der imponierende US-Präsident ei-



STERN-Titel Nr. 49/1982

nem zum sowjetischen Kreuze kriechenden Europa zeigt, was politische Entschlossenheit ist, inszenieren Sie eine unentwegte Diffamierungskampagne gegen ihn. Die Russen können ihrem nützlichen Idioten STERN dankbar sein.

Dr. PAUL-H. APPEL
München



Dr. Olaf
Feldmann

Ich halte es für falsch, daß die deutsche Öffentlichkeit die möglichen Stationierungsorte für die Atomraketen Pershing 2 und Cruise missiles nicht erfahren soll. In den USA, Großbritannien und Italien werden Stationierungsorte offen diskutiert. Dies schadet weder der Demokratie noch der Sicherheit dieser Länder.

Dr. OLAF FELDMANN
Bundestagsabgeordneter der FDP
Bonn

Die Cruise missile kann infolge ihrer Treffgenauigkeit auch mit konventionellem Sprengkörper verheerende Schäden anrichten, wenn sie auf Atomkraftwerke programmiert wird. Deshalb habe ich Verständnis, wenn Friedensgruppen „Krieg dem Krieg“ fordern.

JAKOB SCHIFFELHOLZ
Ehemals Stabsoffizier der Marine
Berlin

Die Entscheidung, in Comiso/Sizilien die größte Raketenbasis Mitteleuropas zu bauen, rückt unsere Insel ins Zentrum eines möglichen „begrenzten“ Konflikts. Unter den Sizilianern breitet sich immer schneller das Bewußtsein aus, bei einer nuklearen Katastrophe eines der hauptsächlichsten Opfer zu sein. Die Friedensbewegung wird hier zu einer Massenbewegung. Ein von uns gegründetes „Internationales Institut für den Frieden und die Menschenrechte“ soll unsere Bemühungen gegen neue Atomwaffen und für den Frieden unterstützen.

UMBERTO SANTINO
Mitbegründer der sizilianischen
Friedensbewegung
Palermo/Italien

Im Nato-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 ist mit keinem Wort die Rede davon, daß die Raketen nur aufgestellt werden, wenn die Genfer Abrüstungsverhandlungen scheitern. In dem Beschluß heißt es in dem einen Teil, daß 464 Cruise missiles sowie 108 Abschlußrampen für die Pershing 2 aufgestellt werden sollen, und in dem anderen Teil, daß verhandelt werden soll. Von einem Zusammenhang zwischen Stationierung und einem bestimmten Verhandlungsergebnis steht dort nichts. Da nur von Abschlußrampen die Rede ist, ist natürlich eine wesentlich höhere Zahl als 108 Pershing-2-Raketen vorstellbar.

BRUNO NEURATH
Düsseldorf

Auf meine Anfrage zu geplanten Pershing-2-Standorten in meinem Wahlkreis Heilbronn teilte mir der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter-Kurt Würzbach, am 12. November mit, daß die Bundesregierung aufgrund der „Nato-Geheimhaltungsbestimmungen“ dazu keine Angaben machen könne. Auf meine Zusatzfrage mußte Würzbach sich zwölf Tage später vor dem Bundestag korrigieren, daß es sich bei dieser Geheimhaltungspraxis nicht um zwingende Nato-Bestimmungen handelt und innerhalb



Dr. Dieter
Spöri

der Nato unterschiedlich verfahren wird. Die Geheimnis-krämerei in der Bundesrepublik um Standorte, die dem Warschauer Pakt sicher längst bekannt sind, wirkt angesichts schwungvoller Sonntagsreden vom mündigen Bürger grotesk.

Dr. DIETER SPÖRI
Bundestagsabgeordneter der SPD
Bonn

Angst habe ich weniger vor den Waffen als vor möglichen Pannen. Bei diesen immer komplizierteren Systemen könnten schon ein Computerfehler, Transportunfälle oder verrücktspielende Menschen die gesamte fürchterliche Vernichtungsmaschinerie in Gang setzen.

JOSEF SCHNEIDER
Darmstadt

Die Vernichtungskapazität der Großmächte in Ost und West reicht aus, daß sie sich gegenseitig mehrfach vernichten. Nicht Aufrüstung, sondern Verhandlungen müssen deshalb ernsthaft angegangen werden. Wir wollen in unserem Gebiet keine weiteren Atomwaffen haben.

IRENE MENK
JÜRGEN BOOS
Kastellaun/Hunsrück

„Ein Politiker von Format“

**Zu: „Landtagsabgeordneter schreibt
jetzt Kochbuch“ (HZ vom 17. Dezember):**

„Bravo, Herr Mallmann; Sie sind ein Politiker von Format. Was brauchen die Schüler in Kastellaun eine Oberstufe, wenn selbst unser Landtagsabgeordneter kein Abitur hat. Und überhaupt, Chancengleichheit und so ein Quatsch! Sollen wir doch froh sein, daß wir so einen schönen Mittelpunkt haben. Was macht es da schon aus, daß nächstes Jahr noch ein paar Raketen zu den bereits vorhandenen um diesen Mittelpunkt herum dazukommen, das macht doch nichts, das merkt doch keiner.“

Völlig richtig haben Sie erkannt, was des Volkes einziges Begehren ist: Singen und Kochen nach mallmannscher Anleitung. Nur so werden unsere Steuergelder endlich sinnvoll ausgegeben. Dazu gleich noch als Anregung ein Kochrezept: Man nehme — den Willen der Wähler und ignoriere ihn. Ergebnis: Suppe à la CDU. Suppe deswegen, weil die CDU uns etwas einbrockt, von dem sie annimmt, daß wir es am 6. März auslöffeln werden. Wenn die Suppe mal nicht versalzen ist!“

Axel Weirich, Simmern

HZ
22.12.1982

„... dann wird man politisch unglaublich“

„Außerstande sieht sich der Abgeordnete Walter Mallmann an einer im Februar geplanten Podiumsdiskussion der Jungsozialisten teilzunehmen, auf der sich Vertreter aller Parteien den kritischen Fragen ihrer Wähler stellen sollen. Dies befremdet, ja, ruft Bestürzung hervor! Denn wichtige Dinge zu fragen oder auch kritisch zu hinterfragen, gibt es mehr als genug. Herr Mallmann scheint sich dessen nicht bewußt zu sein. Was soll er auch mit einem NATO-Doppelbeschluß und den geplanten ‚Friedensbewahren‘ bei Wüschheim und der Einrichtung einer Oberstufe in Kastellaun anfangen?

Als Vorsitzender des Petitionsausschusses und als lokaler Exponent einer christlichen Partei hat er wahrlich Wichtigeres zu tun: Er befaßt sich lieber mit musisch-lukullischen Problemen. Liederbücher, Kochbücher, ein flottes Drehorgelspiel oder auch der Mittelpunkt von Rheinland-Pfalz haben es ihm mehr angetan.

Doch warum will der sonst so auf Publizität bedachte Walter Mallmann nicht bei den Jungsozialisten zu Gast sein? Dies ist schnell gesagt: Am 10. 12. 1982, befaßte sich der Juso-Kreisvorstand unter anderem auch mit dem ideologisch-verblendeten Fehlverhalten des Abgeordneten Mallmann im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Oberstufe Kastellaun und beschloß, dies auch im anstehenden Wahlkampf den Wählern

deutlich zu machen! Durch einen Artikel in der HZ vom 15. 12. 1982 erfuhr Mallmann davon, und reagierte prompt (getroffene Hunde bellen!): In einem kurzen Anschreiben an den Vorsitzenden der Juso-AG Simmern, Michael Hilken, tat er kund, daß er auf Veranstaltungen der Jungsozialisten überhaupt nicht mehr auftritt und erst recht nicht am 23. 2. 1983 in der Hunsrückhalle in Simmern!

Wir meinen, ein Abgeordneter sollte doch wohl in der Lage sein sowohl Kritik zu üben, sei es an Personen oder Sachen, als auch bereit sein, Gegenstand der Kritik zu sein, auch wenn sie einmal ungerecht, bissig oder satirisch ist. Es hilft jedoch gar nichts, wenn man politische Sachfragen durch Ränkespiele (siehe Gesamtschule Kastellaun) oder durch schlichtes „Kopf in den Sand stecken“ (Wüschheim) zu lösen meint. Denn dann wird man politisch unglaublich! Mallmann täte daher gut daran, sich einmal nicht an seinem politischen Übervater Kohl zu orientieren, der ja nach verlorener Landtagswahl in Hamburg auch nicht bereit war, sich den Fragen der Öffentlichkeit zu stellen, sondern sein „alter ego“, Heiner Geißler, schickte.

Wir appellieren noch einmal an Ihr politisches Rückgrat, Herr Mallmann, und fordern Sie auf, am 23. Februar 1983 den Wählern Rede und Antwort zu stehen.“

Für den Kreisvorstand der Jungsozialisten Rhein-Hunsrück, Stephan Engelfried (stellv. Vorsitzender der Juso-AG, Simmern).

„Regierung nicht uns verantwortlich?“

Zu: Leserbrief von Waltrud Will-Feld „Verhandlungen in keiner Weise stören“ (RZ vom 21. 12. 82):

„Warum stößt der Wunsch der Bürger nach mehr Offenheit nur zu einem bestimmten Zeitpunkt auf Sympathie? Ich verstehe das so, daß wir mit unseren der Regierung unangenehmen Fragen solange warten sollen, bis sie in aller Ruhe ihre bürgerfeindlichen, ja, menschenfeindlichen Entscheidungen getroffen hat. Wenn das Kind dann im Brunnen liegt, wird uns das „transparent“ gemacht.

Frau Will-Feld fordert uns auf, „nichts, aber auch gar nichts zu tun, um bei den beiden Supermächten auch nur den geringsten Anlaß für Vorwände zu liefern“. Das ist nun ein für mich ganz undurchsichtiger Satz. Meint die Abgeordnete damit, daß der Friedenswunsch der Menschen und die Sichtbarmachung dieses Wunsches ein „Vorwand“ sein kann?

„Die Durchführung des Nato-Doppelbeschlusses ist keine Frage der Transparenz — ja oder nein“. Da mag Frau Will-Feld Recht haben, denn der Nato-Doppelbeschluß wirft eher die Frage auf: Tod oder Leben?

Ihre beruhigenden Worte nach dem Motto: fürchtet euch nicht, wir werden es schon recht machen — vertreiben keine Angst. Wir sehen, was die Regierung unter Verantwortung versteht — sie scheint nicht mehr uns, sondern einer fremden Regierung verantwortlich zu sein! Es ist den Politikern gelungen, uns mehr Angst vor „unseren Raketen“ zu machen, als vor den auf uns gerichteten im Osten.

„Genf muß zu Erfolgen in der Abrüstung führen; dazu müssen aber Ost und West beitragen“. Jawohl, Frau Will-Feld — wir aber auch.“

Ulla Krönig, Büchenbeuren

HZ 28. 12. 1982

„Wahlkampfaktik offengelegt!“

**Zu: Leserbrief „Ein Mann von Fernat“
(HZ vom 22. Dezember 1982).**

„Bravo, Herr Weirich, nun haben auch Sie die Glocken des Wahlkampfes läuten gehört und dachten wohl dabei an einen kleinen, schwammigen, vor Polemik nur so strotzenden Leserbrief. Eigentlich kein schlechter Gedanke, das Dumme ist dabei nur, daß Sie Ihre ganze Wahlkampfaktik offengelegt haben: Polemik total!

Wollen Sie dadurch etwa den Bürger überzeugen?

Glaubwürdig wäre jetzt nur, wenn Sie sich für Ihren Leserbrief entschuldigen, und diesen zurückziehen würden.

Sie sollten sich einmal überlegen, ob ein „harter aber fairer“ Wahlkampf nicht mehr Überzeugungskraft hätte. Anschließend könnten Sie dann ja von dem „Mallmannschen“ Liederbuch Gebrauch machen, das Sie sicherlich auf andere, bessere Gedanken bringen wird. Keine Angst, es beißt nicht!“

Thorsten Siefarth (1. Vorsitzender der JU-Gemünden).

Nr 30.12.1982

Gebrauch machen

RZ Nr. 290 (Fernsehkritik: Wer überlebt den Ernstfall?)

Wer glaubt, bei einem „begrenzten“ Atomkrieg überleben zu können, ist einem tödlichen Irrglauben erlegen. Denn bei einem begrenzten Atomkrieg würde Mitteleuropa in Schutt und Asche liegen. Und ich stelle dem Fernsehkritiker die Frage: Wer von denen, die im Bunker nicht erstickt sind, kann weiterleben? Ganz Europa wäre vom tödlichen „fall out“ übersät und somit gäbe es keine nicht verseuchten Lebensmittel und schon gar kein nicht verseuchtes Trinkwasser. Dies bedeutet, daß die „Überlebenden“ langsam an Radioaktivität sterben. Es heißt nicht umsonst: „Die Lebenden werden die Toten beneiden!“

Deshalb müssen wir als Bürger eines freien Landes von unserem Recht zur freien Meinungsäußerung Gebrauch machen, um dieses „Euroshima“ zu vermeiden.

Ralf Kauer, Kirchberg

HZ 30.12.1982

„Die Bürger nicht einseitig informieren“

Zu den Veröffentlichungen über das Thema der eventuellen Stationierung von Cruise missiles bei Wüschheim:

„Die Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa sind jetzt in eine entscheidende Phase getreten. Der Verhandlungsteil des Nato-Doppelbeschlusses, die Politik der ausgestreckten Hand, trägt insoweit die ersten Früchte, als die Sowjetunion heute bereit zu sein scheint, ihre Vorrüstung in diesem Bereich wenigstens zu einem Teil wieder zurückzunehmen und ihre SS-20-Raketen um 250 Stück zurückzunehmen.“

Ziel des NATO-Doppelbeschlusses war und ist es, die sogenannte Null-Lösung zu erreichen, d. h. die Sowjetunion zu veranlassen, alle ihre auf Mitteleuropa gerichteten Raketen abzubauen und dann keine einzige NATO-Rakete bei uns zu installieren. Im Verlauf der Verhandlungen ist es sicher möglich, auch Zwischenlösungen gegenüber dieser Idealvorstellung zu akzeptieren, beispielsweise, indem man die nicht zur NATO gehörenden 18 französischen Mittelstreckenraketen mit einbezieht.

Solange verhandelt wird, darf kein Zweifel aufkommen, daß der Westen entschlossen ist, den zweiten Teil des Doppelbeschlusses, nämlich die qualitative und quantitative Nachrüstung bis zum Gleichstand mit der Sowjetunion durchzusetzen. Deutschland und Europa werden zur Zeit von bereits vorhandenen 600 sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 mit je drei Atomsprengköpfen — also 1 800 Hiroshima-Bomben — bedroht und nicht etwa von den noch gar nicht vorhandenen Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern (Cruises missiles).

Friedensbewegungen gibt es heute Gott sei Dank überall auf der Welt. Nur können sie sich im Westen, dank unserer von den Amerikanern garantierten freiheitlichen Grundordnung, wesentlich besser und effektiver artikulieren als die Friedensinitiativen im Osten hinter dem Eisernen Vorhang. Dort steckt man die Friedensmarschierer gleich hinter Schloß und Riegel.

Die Sowjetunion erhält einen Verhandlungsvorteil in Genf, wenn sie sieht, wie der NATO-Doppelbeschuß im Westen aufgeweicht wird. Helmut Schmidt war als Kanzler einer der wesentlichen Befürworter des Doppelbeschlusses von Den Haag. Im Dezember 1980 haben alle drei Fraktionen im Bundestag diesem Beschuß ausnahmslos zugestimmt. Wer jetzt davonläuft, gefährdet den Frieden mehr als derjenige, der in Genf wirklich einen Kompromiß anstrebt.

Die Sowjetunion will sicher keinen Weltkrieg. Sie fühlt sich bestimmt auch von westlichen Waffentechniken bedroht. Sie hat aber auch immer Schwächen des Westens ausgenutzt, um ihren eigenen Machtbereich zu erweitern, wie die Niederschlagung der Aufstände in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und die Bedrohung Polens sowie der Einmarsch in Afghanistan während der Irankrise deutlich zeigen. In Asien, Afrika und Mittelamerika führte die Uneinigkeit des Westens immer zu

Platzverboten für die Sowjetunion, so in Vietnam, Angola, Mozambik, Kuba und anderen mehr.

Rheinland-Pfalz gehört seit dem 2. Weltkrieg zur strategischen Hauptverteidigungslinie links des Rheines. Durch die Installierung neuer Waffentechniken wird das Gefährdungspotential nicht zusätzlich erhöht. Was bleibt, er lebt seit 30 Jahren ungefährdet, damit die Realitäten nicht. Veraltete Raketen werden durch neue ersetzt. Die Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft macht den Frieden sicherer, weil ein Angriff aus dem Osten von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Der Frieden wird nicht sicherer durch einseitigen Waffenverzicht. Es könnte den Gegner veranlassen, einen Angriff zu wagen.

Ich bin der Auffassung, daß die Bevölkerung rechtzeitig und umfassend über die vorgesehenen Verteidigungseinrichtungen unterrichtet werden muß. Sie soll wissen, wohin wieviel Raketen installiert werden müssen, wenn die Sowjetunion in Genf nicht kompromißbereit ist. Insofern würde ich es für richtig halten, wenn es um die Aufstellung von Cruises missiles (Marschflugkörper) bei Wüschheim oder sonstwo im Hunsrück oder in Rheinland-Pfalz keine Vermutungen, sondern Klarheit geben würde. Die Pershing-II-Raketen werden mit Sicherheit dorthin kommen, wo heute schon Pershing-I-Raketen stehen, also außerhalb von Rheinland-Pfalz.

Ich werde mich bei der Bundesregierung, im Bundestag und bei den amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, daß die Bevölkerung über die notwendigen Verteidigungsanlagen aufgeklärt wird. Ebenso werde ich für die weltweite Vernichtung und Ächtung von biologischen Waffen und Giftgas kämpfen, weil sie die Verteidigungsbereitschaft nicht erhöhen und den Frieden nicht sicherer machen. Ich bin auch gegen die Produktion von Neutronenwaffen, weil sie die Atomswelle herabsetzen und dadurch den Frieden gefährden.

Von den Friedensbewegungen erwarte ich allerdings, daß sie die Bürger nicht einseitig informieren und verängstigen. Angstmachen ist ein denkbar schlechter Ratgeber für die Bewahrung des Friedens. Es ist unehrlich, eine atomwaffenfreie Zone Hunsrück zu fordern und vor den Waffenarsenalen des Ostens die Augen zu verschließen. Ehrlich wäre es, eine atomwaffenfreie Zone in Europa vom Nordkap bis Sizilien unter Einschuß aller west- und osteuropäischer Länder bis zum Ural zu fordern. Unehrlich ist es auch, die Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses einschließlich Helmut Schmidt als Kriegstreiber zu diffamieren.

Nur wenn wir ehrlich miteinander umgehen, können wir den inneren und äußeren Frieden bewahren. Regierung, Parlament, Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen und Bürgerinitiativen sehen als oberstes Ziel die Bewahrung des Friedens an; dabei achten sie gegenseitig die Vorstellungen, wie man dieses Ziel am besten erreichen kann.“

Dr. Wolfgang Rumpf, FDP-Bundestagsabgeordneter

H2 29.12.1982